

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/210

4. November 1974

Kindergeld - kein Such mit sieben Siegeln

Nicht mehr länger mit den Anträgen beim Arbeitsamt warten

Von Fred Zander MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium
für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 1 / 44 Zeilen

Neue Impulse für Europa

Zum Den Haag-Treffen der führenden Sozialdemokraten
innerhalb der EG

Seite 2 und 3 / 55 Zeilen

Gefährliches Höhenband

Sollen die Überschall-Tiefflüge eingeschränkt werden?

Von Rudi Walther MdB

Seite 4 und 5 / 65 Zeilen

Militaristische Literatur am Kiosk

Gesetz über jugendgefährdende Schriften sollte
stärker auf Kriegsromanhefte angewandt werden

Von Klaus F. Geiger
Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Volks-
kunde der Universität Göttingen

Seite 6 und 7 / 83 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Eckert

5300 Bonn 12, Neussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 02 80 37-38
Telex: 02 80 840 - 40 ppbn.d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Kindergeld - kein Buch mit sieben Siegeln

Nicht mehr länger mit den Anträgen beim Arbeitsamt warten

Von Fred Zander MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium
für Jugend, Familie und Gesundheit

Zeit ist Geld - dieser Sinnspruch aus der hastigen Geschäftswelt trifft auf das neue Kindergeld im wahrsten Sinne des Wortes zu. Wer nicht bald seinen Antrag auf Kindergeld beim Arbeitsamt stellt, riskiert, daß er nicht schon gleich zu Beginn des nächsten Jahres sein Kindergeld bekommt.

Rund sechs Millionen Anträge erwartet die Bundesanstalt für Arbeit bis zum Jahresende - weniger als die Hälfte ist bis jetzt eingegangen. Das ist im Grunde schon eine beachtliche Leistung der betroffenen Eltern. Sie haben Anträge für eine Leistung ausgefüllt, die es erst im nächsten Jahr gibt. Aber es ist noch nicht genug. Groß angelegte Anzeigenaktionen, Faltblätter und Broschüren haben in Millionenaufgabe dazu beigetragen, in der Bevölkerung aufklärend zu wirken. Es ist zu hoffen, daß die noch fehlenden mehr als drei Millionen Anträge bis zum Jahresende eingehen.

Es ist immer wieder der Vorwurf zu hören, die Anträge für das neue Kindergeld seien zu kompliziert, das Gesetz sei schwer zu verstehen und die ganze Abrechnung viel zu aufwendig. Solche Argumente lassen sich bei einem Vergleich mit ähnlichen Aktionen nicht aufrechterhalten.

Das Kindergeld ist ganz bewußt einfach gefaßt. Kindergeld wird vom ersten Kind an gezahlt. Es ist vom Einkommen unabhängig. Die Unterschiede beim Steuervorteil mit dem Kinderfreibetrag zwischen schlecht und gut verdienenden Eltern fallen weg, weil der Kinderfreibetrag durch das Kindergeld abgelöst wurde.

Die Kindergeldregelung ist einfach. Die Familienverhältnisse sind es oft nicht. Weil das so ist, hat der Gesetzgeber eine Reihe von Besonderheiten gleich im Gesetz berücksichtigen müssen. Daher rühren auch eine Reihe von Fragen, die sich aus dem Antragsformular ergeben.

Der häufigste Fehler, der beim Ausfüllen gemacht wird, ist, daß nicht beide Elternteile unterschreiben. Beide Unterschriften sind aber wichtig, um die Ansprüche für das Kindergeld klar zu regeln. Vielfach wird auch einfach vergessen, die zweite Seite des Antrages auszufüllen. Die Versicherungsnummer der gesetzlichen Rentenversicherung macht manchen Mitbürgern Schwierigkeiten. Wer sie nicht weiß, soll sie einfach weglassen. Das ist besser, als etwas Falsches hinzuschreiben. Häufig wird auch vergessen, den Wohnort des Ehegatten anzugeben, wenn er nicht mit im Haushalt lebt, für dessen Kinder Kindergeld beantragt wird.

Solche falschen oder unvollständigen Angaben führen dazu, daß die Anträge von den Arbeitsämtern wieder zurückgeschickt werden müssen. Das erfordert zusätzlichen Verwaltungsaufwand und vor allem zusätzliche Postkosten, die vermeidbar wären, wenn noch mehr Hilfestellung für das Ausfüllen der Anträge gegeben würde. Aus diesem Grunde sind spezielle Sendungen in den Fernsehprogrammen und Service-Leistungen von Zeitungen zum neuen Kindergeld besonders zu begrüßen. Ich habe durchaus die Zuversicht, daß wir bis zum Jahresende den weitaus überwiegenden Teil der Anträge bei den Arbeitsämtern vorliegen haben werden. Ich bin sicher, daß die Zahl der unvollständig ausgefüllten Anträge zurückgehen wird.

(-/4.11.1974/bgy/ee)

Neue Impulse für Europa

Zum Den Haag-Treffen der führenden Sozialdemokraten innerhalb der EG

Zusammengeschlossen im "Bund der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft" haben deren Vertreter unter Vorsitz des SPD-Präsidiumsmitgliedes Wilhelm Dröscher in der niederländischen Hauptstadt Den Haag neue Akzente für ihre Zusammenarbeit gesetzt. Hierbei ging es darum, die bereits im Rahmen der Sozialistischen Internationale bestehenden Kontakte zu verstärken, um in programmatischer und praktischer Abstimmung nationalbedingter Entscheidungen den Prozeß der europäischen Integration tatkräftig zu fördern. Dröscher nannte unter Zustimmung aller Tagungsteilnehmer als Ziele des "Bundes" die übernationale Bewußtseinsbildung, gegenseitige Information, gemeinsame Erörterung der europäischen Probleme und gemeinsame Vorschläge zu deren Lösungen sowie gemeinsame Hilfe und Solidarität für die Bruderparteien, die sich im Aufbau befinden.

Angesichts der Schwierigkeiten, denen der Integrationsprozeß der EG ausgesetzt ist, können die sozialdemokratischen Parteien mit ihrer internationalen Tradition in der Tat neue Elemente einbringen. Die als Folgen der Energiekrise in allen Staaten der EG zu bewältigenden wirtschaftlichen und währungspolitischen Probleme lassen das enge Zusammenrücken gerade der sozialdemokratischen Parteien zur zwingenden Notwendigkeit werden.

Im ökonomischen Bereich muß mit vereinten Kräften dafür Sorge getragen werden, daß sich Krisenerscheinungen wie Geldentwertung und Arbeitslosigkeit nicht ausschließlich zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung auswirken. Das Problem der multinationalen Konzerne, deren Entscheidungen über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg die Existenz von Millionen Menschen berühren können, ist für die Sozialdemokraten Europas ebenso bedeutsam, wie etwa die Frage - um nur diese beiden Probleme aus der Fülle der zweitätigen Beratungen in Den Haag herauszugreifen - wie den durch Währungsschwankungen entstehen-

den Schwierigkeiten begegnet werden kann.

Die Beratungen, an denen die Vorsitzenden und Regierungsglieder der sozialdemokratischen Parteien der Niederlande, Belgiens, Dänemarks, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Irlands, Italiens und Luxemburgs sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften teilnahmen, erstreckten sich ebenfalls auf die Probleme der europäischen Sozialpolitik, der Bildung des Regionalfonds und der Agrarpolitik.

Die Bewältigung aller hiermit in Zusammenhang stehenden Aufgaben setzt eine schnellere und bessere gegenseitige Information voraus, mit deren Hilfe die von Dröschner genannten Ziele erreicht werden sollen. Für die praktische Arbeit der sozialdemokratischen Fraktionen in den nationalen Parlamenten der EG-Länder bedeutet dies, daß engste Kontakte zwischen dem Parlament in Straßburg und den europäischen Gremien herzustellen sind. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt regte in diesem Zusammenhang an, daß in gewissen Abständen die Fraktions- und Parteivorsitzenden der Parteien bei besonderen Anlässen im Europäischen Parlament zu Worte kommen sollten, um auf diese Weise die enge Verzahnung der nationalstaatlichen mit der europäischen Politik deutlich zu machen.

Die Konferenz, an der von deutscher Seite auch Bundeskanzler Helmut Schmidt, die Bundestagsabgeordneten Bruno Friedrich und Ludwig Fellermaier sowie der Sekretär des Internationalen Büros der SPD, Eberhard Dingels, teilnahmen, konnte in den entscheidenden Fragen völlige Übereinstimmung erzielen.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Frage gewidmet, in welcher Weise die sozialdemokratischen Parteien der EG die tatkräftige Hilfe für die im Aufbau befindlichen sozialdemokratischen Parteien in Portugal und Griechenland organisieren können. Hierbei wurde vereinbart, daß sowohl unmittelbare materielle als auch ideelle Hilfe geleistet wird, um die demokratische Entwicklung in diesen Ländern zu fördern und zu festigen. Entsprechende Maßnahmen sind von mehreren Parteien bereits durchgeführt worden.

Günter Markscheffel
(-/4.11.1974/ks/ee)

+ + +

Gefährliches Höhenband

Sollen die Überschall-Tiefflüge eingeschränkt werden ?

Von Rudi Walther MdB

Daß der Verkehr auf unseren Straßen auch heute immer noch am besten funktioniert, wenn nach dem Grundsatz "Sehen und gesehen werden" gefahren wird, ist bekannt. Daß die Beibehaltung dieses Grundsatzes in jedem Jahr mit relativ vielen Toten und Verletzten - verglichen mit den steuerbaren Verkehrssystemen - bezahlt werden muß, ist auch bekannt. Dies aber grenzt an ein Wunder: derselbe Grundsatz im unkontrollierten Luftraum angewandt, wo Militärflugzeuge, u.a. auch der Starfighter, und Zivil- sowie Sportflugzeuge verkehren, hat bislang zu keinen nennenswerten Karambolagen geführt.

Das klingt vor allem deshalb so unwahrscheinlich, weil dem Menschen gerade hier nahezu Unvorstellbares abverlangt wird. Schon das Verkehrssystem Schiene ist menschlichen Unzulänglichkeiten nicht mehr bedingungslos ausgeliefert. Da versetze man sich doch einmal in die Lage eines Jagdbomber-Piloten, dem beim Fliegen nach Sichtflugregeln plötzlich ein anderes Flugobjekt in die Quere kommt! Wird er in der Lage sein, die komplizierte Technik seiner mit bis zu dreifacher Schallgeschwindigkeit dahinrasenden Maschine rechtzeitig auf die neue Situation umzupolen? Sicher ist diese Frage nicht uneingeschränkt mit "ja" zu beantworten. Nicht umsonst wird der Zivilluftfahrt - und diese Warnung geht insbesondere ja auch an die Adresse der "Hobbyflieger" - ständig angearaten, die Wege der militärischen Tiefflieger zu meiden.

Ein sicheres Überwachungssystem fehlt. Wo liegen die Gründe? Das Bundesverteidigungsministerium stellte sie in einer Antwort auf eine entsprechende im Bundestag eingebrachte Frage so dar:

1/ Flugsicherungseinrichtungen sind in Übereinstimmung mit der deutschen Luftfahrtgesetzgebung nur bei Flügen nach Instrumentenflugregeln vorgesehen, die im kontrollierten Luftraum stattfinden. Mit den heute verfügbaren technischen und betrieblichen Mitteln ist die Überwachung auch nur hier möglich. Militärflugzeuge verkehren überwiegend unter-

halb des kontrollierten Luftraumes im Höhenband zwischen 500 und 1.500 Fuß (150 bis 450 m), damit der Linienverkehr nicht beeinträchtigt wird.

2/ Einem Überwachungssystem in diesem Bereich stellen sich zahlreiche Schwierigkeiten in den Weg. Unter anderem müßte eine erhebliche Zahl von Radarstellen eingerichtet werden, weil die Reichweite von Radargeräten umso geringer wird, je mehr man sich dem Erdboden nähert. Da ohnehin nicht alle Teile des Luftraumes voll durch Radar abgedeckt werden können, wäre ein solches System von vornherein lückenhaft; sein Wert wäre dadurch stark herabgemindert.

Diese technischen Möglichkeiten, oder besser gesagt Unzulänglichkeiten, werden von der Militärfliegerei auch voll ausgenutzt. Die Chancen eines Aufklärers, vom gegnerischen Radar nicht entdeckt zu werden, steigen mit zunehmender Bodennähe. Hieran mag deutlich werden: ~~Sehe~~ die technischen Möglichkeiten, hier etwas zu ändern, dann wäre das im Interesse der sogenannten militärischen Sicherheit längst geschehen.

Für das betreffende Höhenband wird es deshalb in absehbarer Zeit kein Sicherungssystem geben. Hier wird weiter nach dem Motto "Sehen und Gesehen werden" geflogen werden müssen. Zwar hat die Bundeswehr in einschränkenden Vorschriften höhere Wetterminima, Höchstgeschwindigkeiten und Betriebszeiten festgelegt. Das ändert aber nichts daran, daß die Gefahr von Zusammenstößen im unkontrollierten Luftraum grundsätzlich bestehen bleibt. Wenn Unglücksfälle bisher ausgeblieben sind, dann ist das zu einem guten Teil der Aufmerksamkeit und Reaktionsfähigkeit von Piloten kleinerer Flugobjekte zu verdanken. Jeder, der einmal mit dem Hubschrauber geflogen ist, weiß, wie oft abgedreht oder "getaucht" werden muß, um einem größeren, stärkeren und schnelleren Flugzeug auszuweichen. Alte Hasen unter den Hubschrauberpiloten haben schon manche Schrecksekunde erlebt, wenn der Grundsatz "Sehen und Gesehen werden" an die Grenzen menschlicher Wahrnehmungsfähigkeit stieß.

Deshalb sollte man im Höhenband zwischen 500 und 1.500 Fuß - wenn ein Radarüberwachungssystem aus den angeführten Gründen schon nicht möglich ist - zumindest den Versuch unternehmen, andere sicherere Lösungen zu finden. Die Experten auf der Harzt-Höhe sollten sich dazu einmal Gedanken machen. Und sei es auch nur, um über Einschränkungen von Überschall-Tief flügen ernsthaft nachzudenken. Die Bevölkerung ärgert sich schon genug darüber - und den Grundprinzipien des Bundesimmissionsschutzes würde auch Rechnung getragen.
(-/4.11.1974/ks/ee)

+ + +

Militaristische Literatur am Kiosk

Gesetz über jugendgefährdende Schriften sollte
stärker auf Kriegsromanhefte angewandt werden

Von Klaus F. Geiger

Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Volkakunde der Universität Göttingen

Drei Fragen sucht eine wissenschaftliche Studie zu beantworten, die der Verfasser mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft am Tübinger Ludwig-Uhland-Institut für empirische Kulturwissenschaft durchgeführt hat und die unter dem Titel "Kriegsromanhefte in der Bundesrepublik Deutschland - Inhalte und Funktionen" veröffentlicht wurde: Welches Bild zeichnen die an fast jedem Kiosk erhältlichen "Landser"-Hefte vom Zweiten Weltkrieg? Aus welchen Motiven und mit welchen Einstellungen lesen Jugendliche diese Hefte, und welche Wirkungen sind von einer solchen Lektüre zu erwarten? Und: wie fügt sich die Entwicklung der verschiedenen Kriegsromanheftserien in die politische Entwicklung der Bundesrepublik ein?

Das Auffällige am Kriegsbild der Hefte - und das macht seinen militaristischen Charakter aus - sind die Auslassungen und Horizonteingrenzungen. Der Zweite Weltkrieg erscheint in all den Erzählungen als eine Tatsache, deren Vorgeschichte und Ursachen verschwiegen werden. Die Frage nach Kriegsschuld und Kriegszielen taucht nicht auf; Vertreter des NS-Staates werden selten erwähnt; Symbole des Terrors wie Gestapo und Konzentrationslager bleiben tabuiert. Mit einem Wort: Nirgends wird dem Leser der Zusammenhang zwischen deutschem Faschismus und Zweitem Weltkrieg sichtbar.

Die Einschränkung des Blickwinkels setzt sich auf der Ebene der geschilderten Kampfhandlungen fort. Einfühlbar gemacht wird dem Leser nur eine Seite, das heißt in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle: die Seite der Deutschen Wehrmacht. Hier werden Individuen gezeichnet, deren Denken, Fühlen, Handeln mitgeteilt werden - der Feind dagegen bleibt anonyme Masse, Gefahr, Objekt. In ganz besonderem Maße gilt dies für die Soldaten der Sowjetarmee, die "eigentlichen Feinde" in den Kriegsromanheften. Den unbefragten Fixpunkt der Wertung stellt immer die militärische Effizienz dar, das Erringen eines - wenn auch kurzlebigen - militärischen Vorteils. Das Grauen des Krieges aber verbirgt sich hinter knappen Bemerkungen oder euphemistischen Umschreibungen, wird überdeckt vom "Landserhumor" und der spannenden Aktion, die dem Leser den Atem raubt, so daß er über den Sinn der geschilderten "Husarenstücke" und der hier immer noch gepriesenen Durchhalte-moral nicht nachzudenken vermag.

Den Hauptanteil an der Leserschaft solcher Hefte stellen männliche Jugendliche. Diese zeigen sich bei einer umfangreichen Schülerbefragung Kriegsromanheften gegenüber aufgeschlossen und betrachten sie als "spannend" und "authentisch", Einschätzungen, die nach den Ergebnissen empirischer Massenkommunikationsforschung eine Wirkung entsprechender Lektüre erwarten lassen. Daß solche Wirkungen tatsächlich, zumindest kurzfristig, nachweisbar sind, belegen zwei Wirkungsexperimente. Das erste erbringt den Beweis, daß die Lektüre von Kriegsdarstellungen, in denen Soldaten der Sowjetunion als hauptsächlich Feinde dargestellt werden, vage vorhandene antirussische bzw. antisowjetische Vorurteile zu aktivieren vermag. Der

zweite Test steht im Zusammenhang mit der in jüngster Zeit viel erörterten Frage, welche Wirkungen massenmediale Gewaltdarstellungen auslösen. Das Ergebnis stützt die These, daß Gewaltakte, die als legitim dargestellt werden, beim Rezipienten stimulierend wirken, also seine Zustimmung zu legitimer Aggression verstärken.

Die meisten Schüler, die ein besonderes Interesse an "Landsner"-Erzählungen zeigen, bringen dieser Lektüre Erwartungen mehr formaler Art entgegen: den Wunsch nach einem Gefühl angenehmer Erregung, nach der Teilhabe an legitimer Aggression, nach Erfolg und Anerkennung individueller Leistung. Beantwortet werden diese Erwartungen im Falle der Kriegerromanhefte mit einer Umformung der Ermordung von 52 Millionen Menschen in einen Abenteuerstoff. Bei einigen Schülern, die sich für Kriegerromanhefte interessieren, kommt hinzu, daß sie konservativere Meinungen vertreten als ihre Mitschüler, auch daß sie ähnlicher Lektüre bereits in Elternhaus oder Freundeskreis begegnet sind.

Dieses Zusammenspiel von Lesererwartungen und Lektüre läßt sich nicht nur für den individuellen Konsum der Heftchen, sondern für die Entwicklung der Kriegerromanheftserien in der Bundesrepublik insgesamt nachweisen. Beginn und größte Ausbreitung der Serien stehen in Zusammenhang mit dem Verlauf der Wiederaufrüstungsdebatte in den 50er Jahren: Die Verlage nützten ein durch politische Akte und Propaganda der damaligen Mehrheitspartei geschaffenes Meinungsklima aus. Politische Institutionen reagierten auf die steigende Flut von Kriegerromanheften mit Duldung und mit einzelnen Akten der Unterstützung. Anträge an die Bundesprüfstelle, diese Hefte zu indizieren, wurden erst spät (1960) und in geringer Zahl gestellt - obwohl das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften gegenüber ähnlichen früheren oder ausländischen Gesetzen das Novum enthält, daß auch "den Krieg verherrlichende" Schriften als jugendgefährdend bezeichnet werden.

Eine Schlußfolgerung aus der Untersuchung lautet denn auch, das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und die vorliegenden Grundsatzentscheidungen der Bundesprüfstelle wieder stärker auf Literatur im Stil der Kriegerromanhefte anzuwenden. Eine zweite Forderung wendet sich an Deutsch- und Geschichtslehrer. Die Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges sollte so früh und mit demokratisch engagierter Wertung in der Schule behandelt werden, daß nachfolgende militaristische Information wirkungslos bleibt. Und der Deutschunterricht bietet die Möglichkeit, mit den Schülern zusammen nicht nur das gesamte Medienangebot für Jugendliche zu analysieren, sondern dabei auch die Motivationen zu erörtern, die zum Konsum der jeweiligen Medieninhalte führen; nur so können die Jugendlichen zu einem distanzierteren Gebrauch der Medien befähigt werden. (-/4.11.1974/bgy/ks/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller